

Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums

c/o Dr. Uwe Meier, Am Tafelacker 4a, 38104 Braunschweig

02.02.2006

Offener Brief an die Mitglieder des Rates der Stadt Braunschweig

Sehr geehrte Mitglieder des Rates!

Die unabhängige **Bürgerinitiative für den Erhalt des Öffentlichen Eigentums** setzt die Forderungen und Bitten der maßgebenden politischen Parteien und zweier Bundespräsidenten um, indem Bürger dieser Stadt am kommunalpolitischen Leben außerhalb von Parteien teilnehmen. Die Stadt Braunschweig kann sich glücklich schätzen in ihrer Gemeinschaft Bürger zu haben, die politische Entscheidungen hinterfragen und auf Widersprüche oder gar Fehlentwicklungen hinweisen. Selbstbewusstes, demokratieorientiertes kommunales Leben sollte auch für unsere Kritiker in Braunschweig ein Schatz sein, den es zu pflegen, zu unterstützen und nicht zu diffamieren gilt.

Die Bürgerinitiative fordert im Interesse Braunschweiger Bürger Aufklärung von der Verwaltung über die langfristige Daseinsvorsorge in unserer Stadt. Wir fordern Transparenz und Glaubwürdigkeit im Handeln, als Grundlage für vertrauensvolles Miteinander.

Unsere Bürgerinitiative richtet sich nicht gegen Parteien und lässt sich auch von keiner Partei und von niemandem vereinnahmen. Sie richtet sich sachlich argumentativ gegen die von der CDU, FDP und OB Dr. Hoffmann eingeleitete Abwasser-Privatisierung, die unzureichenden Informationen an Bürger und Kommunalaufsicht durch den OB Hoffmann und das Verschleiern von Sachverhalten, die den Bürger fehl informieren. Wir Bürger wissen, nichts gibt es umsonst, und schon gar nicht eine Entschuldung des Haushalts. Der Bürger zahlt am Ende immer, es fragt sich nur wann, wie viel und unter welchen Bedingungen.

Unabhängig davon, ob es gefällt oder nicht, wird nach dem Selbstverständnis der „Bürgerinitiative für den Erhalt des öffentlichen Eigentums“ die Öffentlichkeit weiter über die Hintergründe der Abwasser-Privatisierung und über die Möglichkeiten der Bürger ihre Rechte (auch finanzielle) einzufordern, informiert. Wir wollen nicht, dass nur die vorgeblich positiven Seiten des Vertrages der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben werden. Auf den Tisch müssen alle die Bürger belastenden Fakten der Abwasserprivatisierung, auch die langfristigen.

Der Bürgerinitiative wird vorgeworfen, Unwahrheiten oder Halbwahrheiten zu verbreiten. Wir fragen öffentlich Herrn Sehr und Herrn Dr. Hoffmann:

- 1) Das Kanalsystem soll durch Investitionen über 30 Jahre in Ordnung gehalten werden. Die Gebühren bleiben vertraglich über 30 Jahre stabil. Weniger bekannt ist der Öffentlichkeit, dass nach diesen 30 Jahren ein sog. „Rückkaufwert“ fällig ist. Herr Dr. Hoffmann schätzt diesen Wert auf 215 Mio. Euro und der Betrag soll durch die Gebührenzahler bezahlt werden. (Quelle: interne Stellungnahme des OB Hoffmann vom 15.11.05) Ist dieses richtig?
- 2) Es wurde vor kurzem ein Betrag von 220 Mio. Euro von der Bank abgeholt, der aber im Rahmen des Vertragskonzeptes mit Einbindung des Abwasserverbandes nicht als Schulden in dem städtischen Haushalt auftaucht. Dieser Kredit wird mit jährlich 15 Mio. Euro an die Bank zurück bezahlt. Wie hoch ist der Gesamtbetrag, der nach 30 Jahren von den Bürgern gezahlt wurde und werden muss? Etwa 450 Mio. Euro?
- 3) Die Stadt wickelte ein Kreditgeschäft ab, bei dem das gebührenfinanzierte Kanalsystem als Sicherheit verwendet wird. Die Gewinne aus diesem Finanzgeschäft werden in dem Allgemeinen Haushalt verrechnet. Stimmt es, dass bis jetzt (27.01.06) die Kommunalaufsicht

diesem Vorgehen nicht zugestimmt hat, und dennoch die Privatisierungsverträge mit Veolia unterschrieben wurden?

- 4) Die Bürger der Bürgerinitiative haben mit viel Engagement tiefe Einblicke in die komplizierten Vertragswerke rund um die Abwasserprivatisierung gewonnen. Durch diese Spezialisierung konnte ein Kenntnisstand erreicht werden, der von vielen ehrenamtlichen Ratsmitgliedern oder Lokalpolitikern aus verständlichen Gründen nicht erreicht wurde. Woran liegt es, dass eine argumentative Auseinandersetzung mit den Bürgern der Bürgerinitiative nicht stattfindet, sondern rein emotionale oder parteipolitische ambitionierte Angriffe stattfinden?

Wir fordern höflich die Entscheidungsträger in Rat und Verwaltung auf, unsere Fragen zu beantworten und den Genehmigungsstand des Privatisierungsverfahrens darzulegen.

Wir laden alle Mitbürger ein, diese Fragen zu stellen und auf seriöse Antworten zu bestehen. Befriedigende Antworten sollten nicht nur Ratsmitglieder geben können, sondern auch die Ortsverbände der Parteien.

Die Bürgerinitiative bemüht sich um eine sachlich und wertschätzende Kommunikationsform und ist an einem konstruktiven Dialog mit allen Bürgern und Parteien interessiert, zum Wohle unserer gemeinsamen Stadt Braunschweig und unseres demokratischen Miteinander. Hierzu laden wir alle Parteien und sonstigen politischen Gruppierungen herzlich ein.

Für die Bürgerinitiative

Dr. Uwe Meier

www.unser-braunschweig.de